

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 23.04. – 27.04.2012

Unser Projekt heißt Zukunft.
Machen Sie mit.



SPD

Inhalt

1. **NEIN zum Betreuungsgeld!**
2. **SPD fordert Abschaffung der Praxisgebühr**
3. **Steuerabkommen mit der Schweiz**
4. **Anhörung chinesischer Asylbewerber in Kassel**



Betreuungsgeld – es wird immer absurder

Arme Kinder sollen nichts vom Betreuungsgeld haben, so die aktuelle Planung der Bundesregierung. Das Betreuungsgeld ist Unfug und nichts anderes als ein teures Wahlkampfgeschenk für die CSU, die 2013 konservative Wähler in Bayern einsammeln will. Rund zwei Milliarden Euro werden verschwendet, um eine Prämie dafür zu zahlen, dass Kinder nicht in die Kita gehen. **Wir sagen NEIN zu dieser „Herdprämie“, die Kinder von Bildung fernhält, die Integration von Kindern erschwert und die Rückkehr von Frauen in den Beruf verhindert.**

Unsere Meinung wird von Experten, Sozialverbänden, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, aber auch vielen Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP geteilt. Nur mühsam wird der Koalitionskrach im Zaum gehalten, aber die **CSU besteht auf den teuren Unsinn.**

In seiner Verzweiflung über den Endlos-Krach schlägt CDU-Fraktionschef Kauder mal so nebenbei vor, die Rentenansprüche von Müttern und Vätern sollten für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, erhöht werden. Kauder will die Kritiker des Betreuungsgeldes mit einer sozialen Leistung besänftigen, die mit dem Betreuungsgeld überhaupt nichts zu tun hat. So etwas nennt man „Kuhhandel“!

Leider vergisst er auch zu sagen, wer das bezahlen soll.



Foto: dpa



Foto: www.spd.de

Sicherlich wäre es gerecht, auch ältere Mütter und Väter für Erziehung zu belohnen, nur müssten dafür 13 Milliarden Euro von den Steuerzahlern aufgebracht werden. **Wir warten gespannt auf den Finanzierungsvorschlag von Minister Schäuble.**

Und auch der neueste Vorstoß von Union und FDP, das Betreuungsgeld mit Hartz IV zu verrechnen, entlarvt Schwarz-Gelb. Gutverdiener sollen also Unterstützung bekommen und die Alleinerziehende mit ihren Kindern, die keinen Kita-Platz bekommen hat und nicht arbeiten kann, bekommt nichts. Das ist ungerecht und auch diskriminierend, weil suggeriert wird, dass finanziell belastete Familien ihre Kinder nicht erziehen könnten.

"Der Spitzenmanager mit Au-pair-Mädchen streicht die 150 Euro ein. Aber die wirklich Bedürftigen bekommen nichts."

Sigmar Gabriel,
SPD-Parteivorsitzender

Anstelle ständig neuer fauler Kompromisse, sollte der Vorschlag dorthin, wo er hingehört: In den Papierkorb! Die Steuergelder wären für den Ausbau von Kita-Plätzen viel besser angelegt. Ab 2013 gilt der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für Kinder unter drei Jahren. Mit den zwei Milliarden Euro, die das Betreuungsgeld kostet, könnten 55.000 Plätze zusätzlich gebaut werden! Darüber hinaus ist das Betreuungsgeld auch verfassungsrechtlich bedenklich, da es eine Prämie für die Nichtinanspruchnahme öffentlicher Infrastruktur ist. Wir sagen deshalb: Weg damit!

SPD fordert Abschaffung der Praxisgebühr

Nachdem wir bereits zwei Mal im März über die Überschüsse von 20 Milliarden Euro im öffentlichen Krankenversicherungssystem gesprochen haben, **gab es auch in dieser Woche wieder eine Debatte zur Abschaffung der Praxisgebühr.**

Alles das nur, weil die Regierungskoalition immer wieder die Vertagung einer Abstimmung über die Abschaffung der Praxisgebühr verlangt. „Man habe noch Diskussionsbedarf“, heißt es in schwarz-gelben Koalitionskreisen. In Wahrheit jedoch kann man sich nicht einigen. **Die FDP und Bundesminister Bahr wollen die Abschaffung, die Union will sie nicht.** Und nun versucht man irgendwie über die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und NRW zu kommen.



Wir Sozialdemokraten sagen ganz klar: Die bei der Einführung der Praxisgebühr erhoffte Reduzierung, insbesondere der Facharztbesuche, ist nicht eingetreten. Die Gebühr dient lediglich der Erzielung von zusätzlichen Einnahmen und bewirkt zudem einen erheblichen Verwaltungsaufwand von 300 Millionen Euro in den Praxen. **Die Kranken und Einkommensschwachen werden ferner durch die Praxisgebühr besonders belastet. Also muss man sie abschaffen.**

Wir sagen auch, **die Abschaffung der Praxisgebühr ist ein erster Schritt auf dem Weg zur Herstellung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung.** Mit der Einführung der Bürgerversicherung würde die Einnahmeseite deutlich verbessert werden. Auch sind damit die fehlenden Einnahmen von 2 Milliarden Euro pro Jahr durch die Praxisgebühr nachhaltig gegenfinanziert. Hier unterscheiden wir uns übrigens ganz ausdrücklich von den LINKEN. Die fordern zwar auch die Abschaffung der Praxisgebühr, haben aber darüber hinaus keinen einzigen Vorschlag, wie man das finanzieren kann. Wir meinen, auch an dieser Stelle reiner Populismus aus wahltaktischen Gründen – wie eigentlich immer bei den LINKEN.

Wir Sozialdemokraten sagen ganz klar: Es geht, gerade in für die Menschen so wichtigen Fragen wie der Finanzierung von Gesundheitsversorgung, um Glaubwürdigkeit und Vertrauen in die Politik! Wir Sozialdemokraten fordern nur dass, was wir auch umsetzen und finanzieren können, wenn wir 2013 wieder regieren. Wir meinen übrigens auch, die Krankenkassen sollten wieder ihre Beiträge individuell festlegen können! Mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen sorgt für eine bessere Versorgung und gleichzeitige Sicherung des Beitragsniveaus. Das müsste auch die FDP so vertreten und deshalb ist nicht zu verstehen, warum sie, die sonst immer für Wettbewerb ist, an einem Einheitsbeitrag in der Krankenversicherung festhält!

Steuerabkommen mit der Schweiz

Am Mittwoch hat Schwarz-Gelb das Steuerabkommen mit der Schweiz beschlossen, ein Geschenk für jeden Betrüger! **Wir wollen das unsägliche Gesetz nun im Bundesrat zu Fall bringen.**

Zukünftig soll nach dem Willen der Regierungskoalition auf Schwarzgeld deutscher Kunden bei Schweizer Banken einmalig eine Pauschalsteuer zwischen 21 und 41 Prozent an den deutschen Fiskus überwiesen werden und dies rückwirkend für zehn Jahre.

Das Schwarzgeld würde so legalisiert und die Steuerbetrüger

„Das Abkommen bleibt auch nach den Nachverhandlungen ein Geschenk für deutsche Schwarzgeldanleger. Steuerbetrüger bleiben weiter im Dunkeln.“

Joachim Poß, SPD-Fraktionsvize

blieben anonym. Besonders Millionäre profitieren von dem Gesetz, auch in seiner Neufassung. Als hätten wir es geahnt: die Bundesregierung verhandelte ausgesprochen lasch mit der Schweiz und hat ihr Ziel erreicht, die gewinnbringenden Geschäfte zwischen deutschen Steuersündern und Schweizer

Banken sowohl rückwirkend als auch für die Zukunft zu legalisieren. **Dies ist nichts weiter als die Fortsetzung schwarz-gelber Klientelpolitik in Reinkultur.**

Anhörung chinesischer Asylbewerber in Kassel

Die Anhörung chinesischer Asylbewerber im Regierungspräsidium in Kassel soll Thema im Menschenrechtsausschuss des Bundestages werden. Die Berichterstattung in der Presse zu dem Anhörungsverfahren von chinesischen Asylbewerbern im Kasseler Regierungspräsidium wirft auch für das Mitglied des Menschenrechtsausschusses im Bundestag Ullrich Meßmer einige Fragen auf, die er zusammen mit den Mitgliedern der SPD AG Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Menschenrechtsausschuss des Bundestages behandeln will.



Meßmer und die AG Menschenrechte der SPD möchten erreichen, dass die Bundesregierung in einer der nächsten Ausschusssitzungen über das Verfahren und die Vorgehensweise bei diesen Anhörungen Bericht erstattet.

Die Presse hatte unter anderem berichtet, dass bei den Anhörungen im Regierungspräsidium in Kassel auch chinesische Beamte anwesend waren. Es war der Vorwurf erhoben worden, diese seien vom chinesischen Ministerium für Staatssicherheit. Das Regierungspräsidium hatte hingegen erklärt, die Beamten seien von der chinesischen Meldebehörde des Ministeriums für öffentliche Sicherheit.

„Unsere Nordhessen“ sind auf folgenden 1.Mai-Kundgebungen:

Dr. Edgar Franke: um 11:20 Uhr in Schwalmstadt am Hospital.
Ulrike Gottschalck: ab 11 Uhr in Vellmar, Ahnepark, Kastanienhof.
Ulli Meßmer: ab 10:30 Uhr bei der Mai-Kundgebung in Korbach.

**Uli Gottschalck, Ullrich Meßmer und Dr. Edgar Franke
wünschen der
SPD Schleswig-Holstein mit ihrem Spitzenkandidaten
Torsten Albig viel Erfolg bei der Landtagswahl am 6. Mai!**

UNSERE EMPFEHLUNGEN:

- **Wissenschaftspreis 2012:** Der Deutsche Bundestag vergibt 2012 den Wissenschaftspreis für hervorragende wissenschaftliche Leistungen, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen. Weitere Details finden sich unter:

<http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/parlamentspreise/wissenschaftspreis/index.html>

- Für den „**Deutschen Alterspreis**“ können sich bis zum 15. Juni 2012 Einzelpersonen oder Gruppen bewerben, die Ideen im und für das Alter haben. Der Preis ist mit insgesamt 120.000 Euro dotiert. Weitere Informationen unter: www.alterspreis.de

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia